

Mit Sturheit in die Sackgasse

Spaniens Regierungschef Rajoy ist bekannt dafür, dass er Krisen aussitzt, was sich jetzt rächt

In der Katalonien-Frage kennt Mariano Rajoy derzeit keine Nachgiebigkeit. Das kommt Spanier wie Katalanen nun aber teuer zu stehen.

UTE MÜLLER, MADRID

Der spanische Ministerpräsident Mariano Rajoy ist keiner, der sich so leicht aus der Ruhe bringen lässt. Mit stoischem Gleichmut hat er die Geschehnisse in Katalonien in den vergangenen Jahren beobachtet. Dass dort von Jahr zu Jahr mehr Menschen am Nationalfeiertag, der Diada, für eine eigene Republik auf die Strassen gingen, beeindruckte den 62-jährigen Regierungschef ebenso wenig wie 400 Kilometer lange Menschenketten für ein unabhängiges Katalonien. Lange Zeit hatte er ja auch andere Sorgen, etwa die grassierende Korruption in seiner Partei oder die Wahlschlappe vom Dezember 2015, als die konservative Volkspartei (PP) die absolute Mehrheit verlor.

Dass der Mann aus Spaniens abgelegener Nordwestregion Galicien überhaupt an der Macht blieb, hat er ohnehin der Tatsache zu verdanken, dass sich die Linksparteien in Spanien nicht auf ein Regierungsbündnis einigen konnten. So kam er ohne sein Zutun wieder ganz nach oben.

Rajoy hat vieles überlebt, einen schweren Autounfall in jungen Jahren, später einen Helikopterabsturz und auf der politischen Bühne zwei schwere Wahlniederlagen.

Demokratie heisst Dialog

Kommentar auf Seite 11

«Manchmal ist es die beste Entscheidung, keine Entscheidung zu treffen», sagte Rajoy im Februar 2013. Es ist sein Credo geworden. Damals durchlebte Spanien die schwerste Wirtschaftskrise seiner Geschichte, sechs Millionen Menschen hatten ihre Arbeit verloren, Brüssel wollte, dass Spanien unter den



Mariano Rajoy tritt den Katalanen gegenüber arrogant auf.

PAUL WHITE / AP

EU-Rettungsschirm kriecht. Und was tat Rajoy? Gar nichts. Er liess das sinkende Schiff auf den Wellen tanzen, bis sich der Sturm selbst legte. Später konnte er sich den Stern der Rettung Spaniens vor dem Diktat der Troika an die Brust heften.

Brücken abgebrochen

Im Fall von Katalonien hat diese Strategie nun nicht funktioniert. Mit der unachgiebigen Haltung hat er seinen Gegenspieler Carles Puigdemont in die Defensive und an den Rand des Abgrunds getrieben. Anstatt ihm zu ermöglichen, das Gesicht zu wahren, forderte Rajoy stets eine Totalkapitulation. Statt einen Dialog anzustreben, verschanzte er sich hinter dem genauen Wortlaut einer in die Jahre gekommenen Verfas-

sung, die der Vielfalt des Landes und den Bedürfnissen der spanischen Regionen keine Rechnung mehr trägt. Statt den Katalanen Zugeständnisse zu machen und ihnen wie den Basken eine eigene Steuerhoheit zu erlauben, zeigte er sich arrogant und unnachgiebig. Der grösste Fehlgriff aber war es, zu Beginn der Legislaturperiode seine ihm ergebene Vizepräsidentin Soraya Sáenz de Santamaría als Unterhändlerin nach Katalonien zu schicken. Die gelernte Staatsrechtlerin traf nicht ein einziges Mal den richtigen Ton und riss Brücken ein, statt sie zu bauen.

Jetzt ist der Druck so gewaltig, dass Rajoy nichts anderes mehr übrig bleibt, als den Artikel 155 der Verfassung einzusetzen, um den Gegner endgültig zu Fall zu bringen. Zwar will er, wie es seine Art ist, erst einmal behutsam vorgehen.

Doch seine konservativen Wähler und seine beisswütigen Parteigenossen fordern gnadenloses Durchgreifen. Zudem sind die Ressentiments vieler Spanier gegen die reicheren Katalanen gross.

Ressentiments gegen Katalonien

Gemäss der letzten Umfrage sind 66 Prozent der Spanier der Meinung, dass man den Katalanen nicht mehr Rechte gewähren sollte. Viele von ihnen wollen sogar, dass Puigdemont hinter Gitter kommt. Doch damit wäre nicht nur ein neuer Märtyrer geschaffen, sondern es würde sich auch der Riss vertiefen, der die Katalanen und die Spanier entzweit. Die Folgen würden in Spanien auf Jahre spürbar sein. Rajoy hätte mit seiner Sturheit versagt, als Politiker und als Landesvater.

Eine Salonlöwin will Putin herausfordern

Xenia Sobtschak kündigt ihre Kandidatur für die Präsidentenwahl an – und schwächt die liberale Opposition weiter

IVO MIJNSSEN, MOSKAU

Putin wird die Präsidentschaftswahlen im März gewinnen. Nun stellt der Kreml die Weichen dafür, wer ihn herausfordern darf. Er geht kein Risiko ein: Der Oppositionsführer Alexei Nawalny darf höchstwahrscheinlich nicht kandidieren. Dies erklärte am Montag die Leiterin der Zentralen Wahlkommission. Sie begründete die Entscheidung mit seiner Verurteilung in einem offensichtlich politisch motivierten Korruptionsprozess. Doch am Mittwoch erschien fast aus dem Nichts eine neue Herausforderin aus dem oppositionellen liberalen Lager – Xenia Sobtschak, ihres Zeichens Fernsehstar und Moskauer Salonlöwin.

Weder frei noch fair

«Xenia Sobtschak – gegen alle» lautet das Motto ihrer Kandidatur. Die Leute hätten genug von Korruption, Propaganda und internationaler Isolation, erklärte die 35-Jährige in einem programmatischen Schreiben. Das politische System verhindere freie Wahlen. «Aber sollen wir sie deshalb ignorieren oder boykottieren? Nein.» Sie wolle vielmehr jenen, die sonst zu Hause blieben, eine Alternative bieten. Ihre Kampagne biete ihr die Möglichkeit, die Mächtigen öffentlich zur Rede zu stellen, statt nur zu demonstrieren, schliesst sie mit einem



Xenia Sobtschak
Russische Präsidentschaftskandidatin

Seitenhieb gegen Nawalny. Mit ihrer Rhetorik trifft Sobtschak einen Nerv, und Politologen sind sich einig, dass sie damit bei Russlands junger, urbaner Bevölkerung ankommen wird.

Irritierend an ihrer Kandidatur ist, dass die seit Wochen anhaltenden Gerüchte darüber nicht von Sobtschak, sondern aus dem Kreml kamen. Die Zeitung «Wedomosti» bezog sich auf ungenannte Mitarbeiter der Präsidialadministration, welche die Moskauerin als «ideale Herausforderin» für Putin bezeichneten. Andere Medien berichten, Sobtschak habe sich auch mit Mitarbeitern Putins über ihre Kandidatur unterhalten, bevor diese öffentlich wurde. Auffällig ist auch, dass die Staatsmedien intensiv über Sobtschak berichten – im Gegensatz zu Nawalny.

Solche mutmasslich vom Kreml gesteuerte Kampagnen erinnern an den Wahlkampf von 2012, als der Oligarch Michail Prochorow unter ähnlichen Vorzeichen antrat. Sobtschak mag poli-

tisch leichtgewichtiger sein als Prochorow, doch ihr Vorteil ist ihre Bekanntheit – 95 Prozent der Russen haben laut einer Umfrage von ihr gehört. Sie ist die Tochter des Reformers Anatoli Sobtschak, unter dem Putin in der St. Petersburger Stadtverwaltung seine politische Karriere lancierte. Berühmtheit erlangte sie als Moderatorin der hiesigen Version der Reality-Show «Big Brother». Sie gilt als Verkörperung der «goldenen Jugend» von Moskau – was ihr allerdings bei der Wahl nicht unbedingt Sympathien einbringen wird.

Im Zuge der Proteste von 2011/12 schloss sie sich der Opposition an und profilierte sich als scharfzüngige Kritikerin Putins sowie als Journalistin. 2015 verliess sie kurzzeitig das Land, als sie nach dem Mord am Oppositionellen Boris Nemzow nach eigenen Angaben mit dem Tod bedroht wurde. Dennoch schlägt ihr in Teilen der Opposition weiterhin Misstrauen entgegen, auch wegen ihrer regelmässigen Kontakte zu Putin. Die meisten Kommentatoren glauben deshalb, Sobtschak missbrauche die Kandidatur entweder als Plattform zur Profilierung, oder sie diene dem Kreml als Feigenblatt: So solle die Wahl nach einem Ausschluss Nawalys den Anschein von Legitimität bewahren.

Sobtschak nimmt diesen Vorwurf in ihrer Ankündigung vorweg: «Ich bin klug genug, um zu verstehen, dass die

Machthaber meine Kandidatur zur Legitimierung dieser Wahl verwenden wollen», stellt sie klar. Allerdings mache es ein Boykott den Mächtigen nur leichter, das Resultat zu fälschen. Zudem sehe sie keinen Zusammenhang zwischen ihrer Kandidatur und der Nichtzulassung Nawalys; falls er doch antrete, werde sie sich als Anwärtin zurückziehen.

Schwaches liberales Lager

Dies klingt scheinheilig und ist es möglicherweise auch. Falls Sobtschaks Kandidatur ein Kreml-Projekt ist, resultiert sie wohl in der weiteren Schwächung der liberalen Opposition. Angesichts von deren Machtlosigkeit stellt sich die Frage, wieso das nötig ist. Ausserhalb von Moskau und St. Petersburg verfügen die Liberalen über keine Basis. Eine Umfrage des Lewada-Zentrums zeigte vor wenigen Tagen, dass nur 1,1 Prozent der Russen für Nawalny stimmen wollen und 0,4 Prozent für Sobtschak. Der Medienrummel um sie dürfte diese Zahl erhöhen, doch ein besseres Resultat als die 8 Prozent von Prochorow im Jahr 2012 wäre eine Überraschung. Der Politologe Konstantin Sonin merkt zu Recht an: «Sie kann Nawalny im Kampf um die Präsidentschaft gar nicht stören. Dafür brauchte er nicht die 2 bis 3 Millionen, die ihm Sobtschak nehmen könnte, sondern Dutzende von Millionen.»

Über Katalonien spricht man nicht

Auftakt des EU-Gipfels

RAFFAELA ANGSTMANN, BRÜSSEL

Zu Beginn ihres zweitägigen Herbstgipfels in Brüssel haben die Staats- und Regierungschefs der EU am Donnerstagnachmittag über wenig kontroverse Themen wie die Digitalisierung beraten. Das heikle Thema Brexit steht erst am Freitag auf der Agenda. Umso mehr Wellen schlug am Donnerstag am Rande der Veranstaltung ein Thema, das auf der Traktandenliste nicht zu finden war – und über das man offiziell gar nicht sprechen will: Katalonien.

EU-Rats-Präsident Donald Tusk sagte nach der ersten Arbeitssitzung vor den Medien, dass er sich permanent mit Spaniens Ministerpräsident Mariano Rajoy austausche. Aber es gebe keinen Raum für irgendeine Mediation, Initiative, Aktion oder Intervention der EU. Die europäischen Staats- und Regierungschefs sehen diesen Konflikt als innerstaatliche Angelegenheit, in die sie sich nicht einmischen wollen. Diese Woche hatte der katalanische Minister für auswärtige Angelegenheiten, Raul Romeva, erfolglos versucht, die EU zum Eingreifen zu bewegen. Kurz vor Beginn des Gipfels war das Ultimatum ausgelaufen, das die spanische Zentralregierung dem katalanischen Regierungschef Puigdemont gesetzt hatte, damit er seine Abspaltungspläne aufgebe. Nun kündigte Madrid die Aktivierung des Verfassungsartikels 155 an. Welche Konsequenzen dies haben werde, sei noch unklar, erklärten spanische Diplomaten am Rand des Gipfels. Man wolle aber die verfassungsrechtliche Ordnung wiederherstellen. Ein Dialog, wie ihn Puigdemont fordere, sei immer möglich, aber nur im Parlamentsrahmen und nicht «auf der Strasse». Auch Deutschlands Bundeskanzlerin Angela Merkel pochte auf die Einhaltung der spanischen Verfassung. Deutschland unterstütze die Position der spanischen Regierung, sagte sie bei ihrer Ankunft in Brüssel.

Aus der Reihe tanzte der belgische Premierminister Charles Michel. Schon vor einer Woche hatte er in einem Interview mit der belgischen Zeitung «Le Soir» in der Katalonien-Krise zum Dialog aufgerufen. Falls sich die Parteien nicht innerstaatlich einigen könnten, werde man auf internationaler oder europäischer Ebene vermitteln müssen. In dem Gespräch mit der Zeitung verurteilte er die gewalttätigen Einsätze nach dem Unabhängigkeitsreferendum. Bei seiner Ankunft beim Tagungsgebäude forderte Michel am Donnerstag erneut Dialog und Deeskalation.

Michel hat ein Feingefühl für solche Spannungen, schliesslich hat Belgien mit Flandern selber eine Region mit Abspaltungsgelüsten. Seine Stellungnahme sorgte aber in Madrid für Unmut. Spanische Regierungskreise in Brüssel liessen verlauten, man wolle solche Interviews nicht kommentieren.

ANZEIGE

Zurück zur Gesundheit.

In einem erstklassigen Umfeld unterstützt und begleitet Sie unser interprofessionelles Team zurück zur Gesundheit. Mehr Infos unter klinik-schloss-mammern.ch



KLINIK SCHLOSS MAMMERN
FÜHRENDE REHABILITATION AM SEE